

Aachener Zeitung

HEUTE MIT
prisma
Wochenmagazin zur Zeitung
TV-MAGAZIN

FREITAG, 30. SEPTEMBER 2016 · 71. JAHRGANG



ABSCHIED VON BERLIN

Peer Steinbrück „letzter Ton aus dem Jagdhorn“

► Seite 4



DRAMA IN LEIPZIG

Ausgebüxter Löwe im Zoo erschossen

► Seite 5



THEATER AACHEN

Panagiota Sofroniadou hat so einiges vor

► Seite 11

Nummer 229

www.az-web.de

1,40 Euro

IM LOKALTEIL

► Kita-Tarif: Verdi attackiert die Stadt

Die Gewerkschaft Verdi wirft der Stadt vor, den ausgehandelten Kita-Tarifvertrag bewusst zu brechen. Sollte die Stadt ihre Haltung nicht ändern, will Verdi den Kommunalen Arbeitgeberverband NRW einschalten. Die Stadt hat die Vorwürfe zurückgewiesen. „Wir sind voll in der Umsetzung“, sagen OB Philipp und Personaldezernent Kremer unisono.

► Preuswald: Gespräch über die Perspektiven

WETTER



15° max
Tag
9° min
Nacht

► Wetter Bunte Seite

TELEGRAMME

Fußball aktuell

Europa League
Qäbälä - Mainz 2:3
Schalke - Salzburg 3:1

Feuer bei der Feuerwehr gelegt: Mann verhaftet

Baesweiler. Ein 30-Jähriger aus Magdeburg ist wegen des Verdachts, im Mai einen Brandanschlag auf ein Feuerwehrgerätehaus in Baesweiler-Puffendorf verübt zu haben, in Süddeutschland verhaftet worden. Laut Staatsanwaltschaft ist der Beschuldigte des versuchten Mordes und der besonders schweren Brandstiftung verdächtig. Zur Tatzeit hielten sich zwei Feuerwehrleute im Gebäude auf. Über das Motiv machten die Ermittler noch keine Angaben. (-ks-)

Beate Zschäpe spricht erstmals im Prozess

München. Im Münchener NSU-Prozess hat die Hauptangeklagte Beate Zschäpe zum ersten Mal das Wort ergriffen. Dabei distanzierte sie sich gestern vor dem Oberlandesgericht München von nationalistischen Einstellungen. „Heute hege ich keine Sympathien für nationalistische Gedankengut mehr.“ Zschäpe ist als Mittäterin der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit zehn Toten angeklagt. (dpa) ► Die Seite drei

KONTAKT

Zeitungsverlag Aachen GmbH
Postfach 500 110, 52085 Aachen

Aboservice:
Telefon: 02 41 / 51 01 - 701
Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Anzeigenberatung:
Telefon: 02 41 / 51 01 - 700
Fax: 02 41 / 51 01 - 790

Redaktion:
Telefon: 02 41 / 51 01 - 310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 02 41 / 51 01 - 360

Verlag (Zentrale):
Telefon: 02 41 / 51 01 - 0
E-Mail:
servicecenter@zeitungsverlag-aachen.de

AZ im Internet:
az-web.de



4 194121 101404

Vollgas! Die neue Netrace-Runde startet.



Das große Online-Quiz um Wissen, Schnelligkeit und Teamwork geht in eine neue Runde: Zum zehnten Mal laden NetAachen und unsere Zeitung zum jährlichen Internet-Schülerwettbewerb Netrace. Schüler aller weiterführenden Schulen aus der Städtere-

gion Aachen sowie den Kreisen Düren und Heinsberg können mitmachen. Beim Netrace haben Schülerteams eine Woche Zeit, knifflige Fragen zu beantworten, deren Auflösung im Internet liegt. Den zehn Siegerteams winken Geldpreise. ► SEITE 27

Für Millionen Privatpatienten wird es teurer

Frankfurt. Der Mehrheit der privat Krankenversicherten in Deutschland droht einem Zeitungsbericht zufolge ein massiver Beitragsprung. Die Versicherung werde für zwei Drittel der Versicherten im kommenden Jahr im Schnitt um elf Prozent teurer, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. In besonders heftigen Fällen seien auch gut doppelt so hohe Prämienanhebungen möglich. „Zusatzkosten in Höhe von 50 Euro im Monat und mehr sind möglich“, berichtete die „FAZ“ unter Berufung auf informierte Kreise. Insgesamt werden demnach sechs Millionen der knapp neun Millionen privat Krankenversicherten im kommenden Jahr höhere Beiträge zahlen müssen. (afp) ► Seite 7

Brüssel klagt gegen Dobrindts Pkw-Maut-Plan

Brüssel. Den zähen Streit um die deutsche Pkw-Maut soll nun der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Die geplante Abgabe stelle eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer dar, erklärte die EU-Kommission am Donnerstag. Sie habe daher beschlossen, vor den EuGH zu ziehen.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) begrüßte in Berlin, dass damit bald Klarheit herrschen werde. Nach Ansicht der EU-Kommission werden Ausländer benachteiligt. Zwar sollen sowohl In- als auch Ausländer die deutsche Maut zahlen müssen. Doch allein Inländer würden im Gegenzug bei der Kfz-Steuer entlastet, und zwar ganz genau in Höhe der Mautgebühren. Die EU-Kommission erklärte, trotz zahlreicher Kontakte mit den deutschen Behörden seien die grundsätzlichen Bedenken nicht ausgeräumt worden. (dpa) ► Seite 2

Pflege: „Wer schweigt, stimmt zu“

Nach dem Skandal im Simmerather Altenheim äußert der Pflegeexperte Claus Fussek harsche Kritik an der Branche. Vor allem die Mitarbeiter seien in der Verantwortung. Itertalklinik übernimmt das Haus.

VON AMIEN IDRIES UND PETER STOLLENWERK

Aachen/Simmerath. Der Pflegekritiker Claus Fussek ist vor dem Hintergrund des Pflegeskandals in Simmerath hart mit der deutschen Pflegebranche ins Gericht gegangen. Die Schließung eines Heims sei sehr ungewöhnlich. Das liege aber nicht an hohen Pflegestandards, sondern daran, dass die meisten Häuser zu groß seien. Die Behörden wüssten dann einfach nicht, wohin mit den Patienten. „Hätte das Heim in Simmerath nicht 58, sondern 100 Bewohner,

wäre es vermutlich nicht geschlossen worden. Egal wie schwerwiegend die Pflegemängel sind“, sagte Fussek im Gespräch mit unserer Zeitung.

Deshalb will Fussek mit Blick auf Simmerath auch nicht von einem Einzelfall sprechen: „Ich behaupte, dass sehr viele Heime eigentlich geschlossen werden müssten.“ In vielen Pflegeheimen werde täglich gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen.

In Simmerath konnten gestern Bewohner und Angehörige aufatmen. Die Itertalklinik-Seniorenzentren, die bereits über acht Häu-

ser in der Region Aachen/Roetgen mit mehr als 350 Pflegeplätzen und weiteren Angeboten für Betreutes Wohnen verfügen, werden die Einrichtung zum 5. Oktober von der Alloheim Seniorenresidenzen GmbH übernehmen, der Anfang der Woche von der Heimaufsicht der Städteregion die Betriebs-erlaubnis entzogen worden war. Der neue Betreiber bot auch an, das Personal zu übernehmen.

Fussek sieht in vielen Heimen eine Allianz des Schweigens und nimmt alle Beteiligten in die Verantwortung. Auch mit Blick auf Simmerath sagt er über gravie-

rende Pflegemängel: „Eigentlich wissen alle Bescheid. Alle schweigen. Alle machen mit.“ Dies gelte für Behörden, Ärzte, Angehörige, Sanitäter und auch für die Pflegekräfte. Von denen verlangt Fussek, dass sie sich mit den Patienten solidarisieren, anstatt die ihnen anvertrauten Menschen im Stich zu lassen. „Wer schweigt, stimmt zu“, sagt Fussek.

Er verlangt, dass Pflegekräfte sich weigern, unter bestimmten Verhältnissen zu arbeiten und notfalls kündigen. Nur so ließen sich die teilweise katastrophalen Verhältnisse ändern. ► Seite 8

Aachener Justiz geht gegen Kriminelle in die Offensive

Mehr Richter, mehr Staatsanwälte, mehr Polizisten: Hoher Fahndungsdruck und beschleunigte Verfahren sollen Täter abschrecken

VON CLAUDIA SCHWEDA UND OLIVER SCHMETZ

Aachen. Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz im Raum Aachen wollen gemeinsam massiv gegen Straßenskriminelle, Wohnungseinbrecher und Kfz-Diebe vorgehen. Sechs zusätzliche Staatsanwälte, sieben neue Richter und die massive Verstärkung der Aachener Polizei machen ein neues, unter den Behör-

den abgestimmtes Konzept möglich. So sollen Diebe, Einbrecher, Mitglieder reisender Banden, Gaffer oder Antänzer in einem beschleunigten Verfahren innerhalb weniger Tage verurteilt werden können. Bislang fehlten für dieses Verfahren nach Angaben der Beteiligten die personellen Ressourcen. NRW-Justizminister Thomas Kutschat (SPD) hatte nach den Silvestervorfällen von Köln angekün-

digt, 200 neue Richter und Staatsanwälte einzustellen. 7,5 Prozent davon gehen in den Bereich des Landgerichtsbezirks Aachen. „Das hilft uns sehr“, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Hammerschlag gestern. Sein personeller Bestand wird bis Ende 2016 mit sechs Stellen um knapp zehn Prozent auf 70 Mitarbeiter wachsen. Der Landgerichtsbezirk hat bereits sieben neue Richterstellen besetzt

und kommt nun auf 191 Stellen. Ein Plus von vier Prozent.

Hammerschlag, Landgerichtspräsident Stefan Weismann, Polizeipräsident Dirk Weinspach und die politischen Spitzen der Region hatten sich gemeinsam mit einem Konzept zur Stärkung des Rechtsstaats in der Region Aachen um diese Stellen beworben, das sie gestern vorstellten. Das Papier sieht auch ein Sicherheitskonzept für

die Aachener Innenstadt mit mehr Polizei auf der Straße vor.

Das „Aachener Modell“, also die Abstimmung der Ermittlungs- und Justizbehörden und der Städte in Fragen der Kriminalität, war für Sexualstraftäter entwickelt worden, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden mussten, und hatte landesweit für Aufsehen gesorgt.

► Seite 4, Seite 9, Lokales

WAS HEUTE WICHTIG IST

Termine

Wer spielt? Bundestrainer Joachim Löw benennt sein Aufgebot für die WM-Qualifikationsspiele gegen Tschechien am 8. Oktober und Nordirland am 11. Oktober.

Kliniken: Das Statistische Bundesamt nennt Zahlen zur Finanzlage der deutschen Krankenhäuser.



Prof. Emanuel Richter im Interview

Ein Jahr vor der Wahl

Noch rund ein Jahr, dann wird der Bundestag neu gewählt. Im Videointerview spricht der Aachener Politologe Emanuel Richter über Wahlverdrossenheit und die Chancen der AfD. ► www.az-web.de

Zahl des Tages

80

In Frankreich haben heute 80-Jährige EU-weit die höchste Lebenserwartung. Laut der Behörde Eurostat haben in Frankreich 80-Jährige noch im Schnitt elf weitere Jahre zu leben. In Deutschland liegt die weitere Lebenserwartung mit 9,3 Jahren im Mittelfeld.

App der „Tagesschau“ zulässig?

Das Oberlandesgericht Köln entscheidet über Zulässigkeit der „Tagesschau“-App vom 15. Juni 2011. Zeitungsverlage halten das Angebot für unlautere Konkurrenz weil gebührenfinanziert und haben deshalb geklagt.



Beisetzung in Jerusalem

Abschied von Peres

Der israelische Ex-Präsidenten Schimon Peres wird heute in Jerusalem beerdigt. US-Präsident Barack Obama wird eine Rede halten. Der Friedensnobelpreisträger Peres war zwei Wochen nach einem Schlaganfall im Alter von 93 Jahren gestorben.

Es geht um 300 Millionen Euro

Milchbauern klagen

Das Finanzgericht Hamburg verhandelt über sieben Musterklagen von Milchbauern gegen „Superabgaben“ im Zusammenhang mit der Milchquote 2015. Es geht um insgesamt 300 Millionen Euro Abgaben in Deutschland.



Was ändert sich bei Air Berlin?

Die Fluggesellschaft gibt mehr Geld aus als sie einnimmt. Deshalb will sie bis 2018 bis zu 1200 Stellen streichen. Derzeit hat sie noch 9000 Mitarbeiter. ► Bunte

Blitzwarnung: Die Übersicht der Tempokontrollen auf www.az-web.de

